

Drogenpolitik – Ein offenes Wort an die Grünen

von Rainer Jaeger

(17. Nov. 2002)

Inhalt:

1 Koalitionsvertrag	2
1.1 Drogenpolitik	2
1.2 Die Grünen – brave Erfüllungsgehilfen einer zutiefst unfähigen SPD	3
1.3 Aufruf an die Mehrheitsbeschaffer: Schmeißt doch den Bettel hin!	3
2 Polizeistaat versus Rechtsstaat	4
2.1 Rückblende	4
2.2 Vergebliche Hoffnung auf die Justiz	4
2.3 Grundsätzliches	5
3 Präventive Drogenpolitik	6
3.1 Drogen- und suchtbedingte Probleme müssen reduziert werden	7
3.2 Von geringen straffreien Mengen	7
3.3 Systematische Stigmatisierung	9
4 Deutschland und die Grünen – ein hoffnungsloser Fall?	9

Zum Zitieren: R. Jaeger (2002): Drogenpolitik – Ein offenes Wort an die Grünen
Version 1.0, PDF-Datei, 9 Seiten, <http://www.DroGenKult.net/?file=text008>

Drogenpolitik – Ein offenes Wort an die Grünen

1 Koalitionsvertrag

1.1 Drogenpolitik

„Die drogen- und suchtbedingten Probleme unserer Gesellschaft müssen reduziert werden. Wir werden die präventive Drogenpolitik der letzten Jahre konsequent fortführen und dabei die einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen.“

Ich habe mir euren Koalitionsvertrag angesehen, in der Hoffnung, dort endlich etwas Positives in Puncto Drogen zu lesen.¹

Fehlanzeige. Der oben stehende Satz ist alles.

Der könnte so auch von einer etwas moderneren CDU stammen. Im Klartext heißt das: Es wird sich also nichts ändern an dieser seit Dreißig Jahren ebenso sinn- wie erfolglosen Politik, nicht das Geringste. Bißchen Kosmetik, damit es einen progressiven Touch bekommt, mehr nicht. Und vor allem: Kein Wort über die Liberalisierung des Cannabiskonsums, über die Entkriminalisierung von mehr als drei Millionen Usern. Kein Wort über die völlig überzogene Praxis des prophylaktischen Führerscheinenzugs auf Behördenebene für eben jene User. Kein Wort über die inzwischen bundesweite Praxis, im Falle eines positiven Drogenschnelltests automatisch eine Hausdurchsuchung bei dem Betroffenen anzuordnen. Und kein Wort über die Zulassung wenigstens als Medikament, als Mittel der Linderung für die Leiden Krebs- und Aids-kranker.

Bei mir habt ihr ausgeschissen, und ich hoffe, daß ALLE Cannabisuser so denken!

Ein hartes Wort, aber ich habe die Schnauze voll. Dieser eine Satz, der mit Abstand kürzeste Passus im ganzen Vertrag, offenbart, mit welchem Elan das Drogenproblem von Rot/Grün angegangen wird. Da war man sich offenbar schnell einig. Man hätte es auch noch kürzer

¹ Koalitionsvertrag 20002: http://www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs_rubrik/0..67.00.htm

Vgl.: Koalition will auf „präventive Drogenpolitik setzen“ [11.10.2002]

<http://www.cannabislegal.de/neu/2002-10.htm#2002-10-11-kv>

Vgl.: Koalitionsvertrag, Antwortschreiben der Grünen [16.10.2002]

Der Koalitionsvertrag wurde am 16.10.2002 veröffentlicht. Darin heißt es zur Drogenpolitik der nächsten Legislaturperiode:

„VI. Solidarische Politik und Erneuerung des Sozialstaats

[...]

Sucht- und Drogenpolitik

Wir setzen unsere erfolgreiche Sucht- und Drogenpolitik fort, die auf den vier Säulen Prävention, Therapie, Repression und Schadensminderung aufbaut. Suchtstoffübergreifend wollen wir die strukturelle Prävention und den Kinder- und Jugendschutz stärken, Abhängigkeiten senken und Reintegration ermöglichen. Der Zugang zu Therapien soll erleichtert werden. Die Verschreibungsmöglichkeiten von Cannabisarzneimitteln werden in wissenschaftlich anerkannten Fällen weiter entwickelt.

Wir werden eine nationale Antitabak-Kampagne durchführen, auch um den Nichtraucherenschutz zu stärken. In einem Aktionsplan Drogen und Sucht sollen in Abstimmung mit den Ländern, den Sozialversicherungsträgern und den Verbänden der Jugend- und der Suchtkrankenhilfe gemeinsame Ziele und Maßnahmen zur Verringerung der Suchtprobleme in unserer Gesellschaft festgelegt werden.“

<http://www.cannabislegal.de/neu/2002-10.htm#2002-10-16-aw>

machen können: Alles bleibt beim Alten. Das hätte genügt. Dies war das letzte Mal, daß ich überhaupt wählen gegangen bin, und ich bin immer ein politisch denkender und handelnder Mensch gewesen. Aber es gibt offensichtlich hierzulande keine Partei mehr, die fähig wäre, diesen sich immer höher auftürmenden Reformstau, von dem das Drogenproblem nur ein Teil ist, auch nur versuchsweise in Angriff zu nehmen.

1.2 Die Grünen – brave Erfüllungsgehilfen einer zutiefst unfähigen SPD

Warum laßt ihr euch zu braven Erfüllungsgehilfen einer zutiefst unfähigen SPD machen, einer Partei, die z. B. nicht mal willens ist, an diesem absolut lächerlichen Ladenschlußgesetz auch nur zu kratzen? Ganz zu schweigen von einer Durchforstung des übrigen Paragraphenschunnegels, dieses Dickichts, das jeden Versuch der Eigeninitiative im Keim erstickt, dieser unsinnigen Vorschriften, die den Bäcker, der einen Hocker an den Kaffeetisch stellt, dazu zwingt, eine Toilette einzubauen und den Schreinermeister, der ein Boot ausbessern will, dazu, Bootsbaumeister zu werden, aber erst, nachdem er die fälligen 10.000.- € Strafe bezahlt hat... Diese Liste ist endlos, und alleine mit Beispielen von Vorschriften, die niemandem außer der jeweiligen Lobby nützen (und dem Beamtenapparat, der sie zu überwachen hat!) ließen sich locker die nächsten siebenundzwanzig Seiten füllen. Doch die SPD sieht diese alten Zöpfe nicht, oder ist nicht Willens, wenigsten einen Teil davon abzuschneiden.

Und so was will mit dem Riesenberg an Problemen in diesem Land fertig werden. Was war denn mit der berühmten Steuerreform? – eine Lachnummer, die das Prädikat Reform nicht mal ansatzweise verdient. Der Verhaß der Steuerparagraphen ist mittlerweile so undurchdringlich, daß sich nicht mal mehr Spezialisten auskennen, und diese so genannte Reform hat das eher noch verschlimmert. Hier hilft nur noch ein Kahlschlag. Die Rezepte sind da, die Leute, die das können, haben wir auch, durchgeführt aber wird das z.B. in Kroatien, jedoch nicht hier. Hätte wohl unzumutbare Härten für die Großkonzerne bedeutet – die ja bekanntlich von allen Abgaben verschont bleiben müssen, damit sie nicht nach China auswandern. Man verzeihe diese Abschweifung, ich will nur die Symptomatik aufzeigen: Wer mit dem großen Versprechen von Reformen antritt und nur jämmerliches Flickwerk zustande bringt, muß sich das gefallen lassen.

1.3 Aufruf an die Mehrheitsbeschaffer: Schmeißt doch den Bettel hin!

Schmeißt doch den Bettel hin, laßt doch Stoiber & Konsorten versuchen, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Das können diese Maulhelden sowieso nicht, und dann habt ihr wieder eine Chance. So aber nicht. Wenn eine Partei nicht mal ihre Minimalforderungen gegenüber dem Koalitionspartner durchsetzen kann, wenn sie nur als Mehrheitsbeschaffer dient, sollte sie es sein lassen. Vor allem, wenn diese Partei ihm, dem „Partner“, soeben den Arsch gerettet und sich nie in einer stärkeren Position befunden hat. Sollte allerdings die Freigabe von Cannabis gar nicht zu euren Forderungen gehört haben und nur so nebenbei in eurem Parteiprogramm stehen, dann könnt ihr mich erst recht mal²

² Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen sind im 15. Bundestag mit 55 Abgeordneten vertreten. Die Cannabislegalisierung ist ein fester Bestandteil des Parteiprogramms und steht auch im Grundsatzprogramm.

<http://www.cannabislegal.de/politik/parteien.htm#gruene>

2 Polizeistaat versus Rechtsstaat

2.1 Rückblende

Ich bin vom Alter (52) und politischen Background her ein Zeitgenosse eures Außenministers und auch des Kanzlers, einer der so genannten Alt-‘68er. Ich war damals sehr aktiv dabei, sogar wegen Landfriedensbruchs im Knast, aber in der Rückschau erscheint mir der damalige Staat geradezu als ein Ausbund an Liberalismus, gemessen an der heutigen Situation. Seit dem sind unsere bürgerlichen Freiheiten kontinuierlich beschnitten worden, leise, still und heimlich, eine schleichende Auszehrung. Wir leben schon längst in einem Polizeistaat, nur haben die meisten das noch nicht bemerkt. Wer jedoch in Bayern mit einer „nicht geringen Menge“ Haschisch erwischt wird, der weiß alsbald Bescheid. (in Bayern gilt zuweilen der Besitz von mehr als einem Gramm Cannabis bereits als ein Verbrechen, das gemäß BMG mit Gefängnis bestraft werden MUSS – das ist kein Märchen!)

2.2 Vergebliche Hoffnung auf die Justiz

Und wer seine Hoffnung auf die Justiz setzt, ist erst recht betrogen: Diesbezügliche Urteile des Bundesverfassungsgerichtes werden vom Gesetzgeber (Cannabis – Beschluß von ‘94³ – bundeseinheitliche Regelung) ebenso wie von den Behörden (Urteil von 2002 – MPU ohne Zusammenhang mit Straßenverkehr)⁴ ganz einfach ignoriert. Wenn euch wenigstens das g-länge – woran ich nach einschlägiger Erfahrung so meine Zweifel habe – was für ein Fortschritt wäre das schon, und was für ein trauriger Triumph dazu: Daß eine Regierung sich nicht bemüßigt fühlt, einem Verfassungsgerichtsurteil nachzukommen, ist an und für sich schon ein Skandal von staatsgefährdendem Ausmaß. So gesehen könnten wir uns die ganze Justiz sparen. Und im Übrigen wäre auch das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Legal, illegal, schießegal – das scheint mittlerweile der Wahlspruch des Staates selbst geworden zu sein – wie die laufenden Parteispenskandale und auch die Praxis im Umgang mit Haschischkonsumenten – siehe Hausdurchsuchung – deutlich vor Augen führt. Eine ökologische Politik in Ehren, Ausländerintegration dito – aber wenn die Grünen glauben, nur diese Nischen besetzen zu müssen und alles andere würde sie quasi nichts angehen, dann wird es ein böses Erwachen geben ... !

Wie kann ein Staat, der sich weder an Gerichtsurteile noch an Gesetze hält, dies von seinen Bürgern verlangen? Sind wir wieder schon wieder im Absolutismus, oder was?

³ Beschluß des Zweiten Senats vom 9. März 1994 -- 2 BvL 43, 51, 63, 64, 70, 80/92, 2 BvR 2031/92 -- in den Verfahren 1. zur verfassungsrechtlichen Prüfung, ob § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 (Handlungsalternative abgeben) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und Anlage I (Cannabisharz - Haschisch -) BtMG vom 28. Juli 1981 (BGBl. I S. 681; ber. S. 1187) mit Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und Art. 3 Abs. 1 (Gleichbehandlungsgrundsatz) des Grundgesetzes vereinbar ist ...

<http://www.uni-wuerzburg.de/dfr/bv090145.html>

Vgl.: Die Cannabis-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 09. März 1994 (BVerfGE 90, 145 - Cannabis)

<http://www.cannabislegal.de/recht/bverfg.htm>

⁴ Karlsruhe: Kein Führerscheinenzug wegen Cannabisbesitz [12.07.2002]

<http://www.cannabislegal.de/neu/2002-07.htm#2002-07-12-bvg>

Die „Cannabisbeschlüsse“ des Bundesverfassungsgerichts und ihre Einschätzung

<http://www.jurathek.de/showdocument.php3?ID=4675>

Und wenn die Grünen des Weiteren glauben, daß es sich bei der Cannabis-Problematik um eine Bagatelle handelt, die man getrost auf den Sankt Nimmerleinstag verschieben kann, (Die Freigabe wird kommen, und wenn es im nächsten Jahrhundert ist, aber kommen wird sie) sind sie ebenso schief gewickelt. Hier tickt eine Uhr, die sich als Zeitbombe erweisen könnte. Die geschätzte Zahl von drei Millionen Usern scheint mir entschieden zu niedrig, so viel kenne ja schon beinahe ich, und sie steigt ständig, vor allem unter Jugendlichen, wo der Joint mittlerweile genauso natürlich ist, wie er für uns Hippies war, selbst auf dem Dorf. Alles potentielle Verbrecher (und Wähler ...). Und so tickt die Uhr: Jeden Tag neue Urteile, jeden Tag neue Vorbestrafte, jeden Tag gehen Menschen in den Knast, die niemandem etwas zuleide getan haben, jeden Tag werden Führerscheine für nichts entzogen, Existenzen zerstört. Sie tickt, diese Uhr, nicht zuletzt gegen jene, die glauben, sie hätten alle Zeit der Welt. Die sich vielleicht sagen mögen: In der nächsten Legislaturperiode könnten wir unter Umständen das Thema ganz behutsam mal anklingen lassen Nur, daß es keine solche Periode mehr geben wird. Wenn ich geahnt hätte, daß bei euch die Drogenpolitik nicht nur ganz hinten, sondern geradezu im Abstand von zehn Kilometern nach dem Vorletzten kommt, hätte ich euch mit Sicherheit nicht mehr gewählt.

2.3 Grundsätzliches

Es geht hier nicht nur um die Probleme einer vernachlässigbaren Randgruppe: Es geht hier um die grundlegende Frage, ob der Staat seinen Bürgern überhaupt etwas ohne zureichenden Grund verbieten kann. Wer dies bejaht, muß sich fragen lassen, aus welcher Zeit sein Demokratieverständnis stammt, falls er überhaupt eins hat. Und wer es verneint, möge dann auch konsequent danach handeln und zumindest versuchen, das Wort Cannabis aus dem BMG streichen. Denn wo, bitteschön, läßt sich ein zureichender Grund für das Verbot von Cannabis finden, der nicht aus dem Reich der Fabel stammt?⁵ (Sollte hierbei jemand an Gesundheitsschäden denken, sei er an das leuchtende Vorbild des Alkohols erinnert)

Früher oder später wird man alle Drogen quasi legalisieren müssen. Sie sind hier, schon seit Jahrzehnten. Und wer glaubt, sie jemals wieder loswerden zu können, ist mehr als naiv. Heute kann jeder, der es wirklich will, sich ohne weiteres Sachen wie Haschisch, Heroin oder auch Kokain beschaffen, leichter als je zuvor und überall. Eben das ist eine Folge jener „Drogenpolitik“, die nichts anderes bewirkt, als die Sache für die Mafia gewinnbringend zu machen.⁶

Kann denn die offene, aufgeklärte Gesellschaft, für die wir dir unsere halten, sich nicht einfach mit einem gewissen Prozentsatz an Suchtkranken abfinden und diese Minderheit, wenn ihr schon nicht zu helfen ist, so doch wenigstens aus den Klauen der Mafia, der Beschaffungskriminalität, der Illegalität überhaupt befreien? Das gilt vor allem, wenn die bisherige Haltung außer überfüllten Gefängnissen rein gar nichts gebracht hat. Wenn ich dreißig Jahre lang dasselbe mache und es ändert sich nichts, dann mache ich etwas falsch – das kapiert auch der Dummste.⁷

⁵ Vgl.: Argumente für die Cannabisdebatte: Es gibt nur wenige Argumente für eine Fortsetzung des Cannabisverbots. Keines davon ist stichhaltig. Unter der folgenden Adresse findet man zahlreiche Quellen (Studien) mit vernünftigen Argumenten für Debatten, Artikel, Leserbriefe und Briefe an Politiker!

<http://www.cannabislegal.de/argumente/index.htm>

⁶ Vgl.: Henning Schmidt-Semisch: Kiffen dürfen reicht nicht oder: Radikale Alternativen in der Drogenpolitik

<http://www.drogenkult.net/?file=text001>

⁷ Vgl.: Sebastian Scheerer / Horst Bossong: Drogenpolitik – die letzte Bastion der Planwirtschaft

http://www.bisdro.uni-bremen.de/FSQUENSEL/bossong_scheerer.pdf

Und es macht einem Angst, von Politikern regiert zu werden, denen genau dies eben nicht einleuchten will.

Volle Gefängnisse, das ist alles, was die letzten Jahrzehnte gebracht haben. Laut Auskunft des statistischen Bundesamts ist unter allen Straftaten hierzulande der Betäubungsmittelposten mittlerweile der zweitgrößte nach Diebstahl/Unterschlagung, Tendenz zunehmend. Von den vielen Millionen, die uns das Volkswirtschaftlich kostet, ganz zu schweigen.⁸

3 Präventive Drogenpolitik

„Präventive Drogenpolitik“, was ist das überhaupt? Das Wort hat so einen komischen Geruch, wie „Präventivschlag“. Ich vermute, der präventive Führerscheinenzug für Haschischraucher gehört dazu. Wie weit ist ein Staat gekommen, der sich eine solch perfide Repressalie für jene Bürger ausdenkt, die nicht ganz so wollen, wie er will, eine Strafe, die so empfindlich trifft, daß die gute alte Auspeitschung geradezu human dagegen wirkt, ohne jede Einspruchsmöglichkeit für die Betroffenen und durch nichts gerechtfertigt, weder durch medizinische Standards noch irgendwelche Statistiken, auf nichts als die vage Vermutung eines zukünftigen Vergehens hin, eine Strafe, die vom Staat direkt verhängt wird, ohne den lästigen Umweg über die Gerichte? Quo vadis? Kann ein Staat, in dem dies Usus ist, sich noch Rechtsstaat nennen? Eine Regierung, die diesen unsäglichen Zustand duldet, macht sich nicht nur mitschuldig an der Bürokratenwillkür, im Gegenteil, da niemand sonst dies ändern kann, trifft sie die alleinige Schuld. Mitschuldig aber macht sich, wer nur in dieser Regierung sitzt und nichts dagegen tut. Und diesen Schuh müßt ihr euch anziehen, ob ihr wollt oder nicht. Und zu versichern, man wolle dies ändern, fruchtet bei mir nicht mehr. Ihr hattet schon mal vier Jahre Zeit und es ist nichts geschehen!

„Präventive Drogenpolitik“, das soll wohl heißen, im Vorfeld verhindern. Also wieder Propaganda statt Aufklärung, dieselbe alte Leier. Alle Drogen sind böse, böse, böse. Merkt euch das, liebe Kinder, und nascht nie von diesem Baum! Ungemein glaubhaft und wirksam. Und wo soll das denn sein, das Vorfeld, im Kindergarten? Für die Kids ist alles interessant, was verboten ist. Ein Naturgesetz. Wie wäre es denn, wenn über eine Freigabe diese Neugier präventiv verhindert würde? Aber so war es wohl nicht gemeint. Wohl eher im Sinne von präventiver Kontrolle, Strafverfolgung, Verhaftung. Wie gehabt. Früher wurde man auch schon mal präventiv erschossen, aber ganz soweit wird man wohl im Moment noch nicht gehen ...

Insgesamt gesehen, schadet der Kampf gegen die Drogen der Menschheit weit mehr als es die Drogen selbst jemals könnten. Der einzige Nutznießer ist die organisierte Kriminalität, die mittlerweile soviel Kapital angehäuft hat, daß sie damit ganze Staaten kaufen kann (Wenn mir in diesem Zusammenhang jemand überzeugend glaubhaft machen könnte, der italienische Regierungschef Berlusconi sei keine Mafia-Marionette, wäre ich ihm dankbar). So stimmen denn auch an diesem Punkt die Intentionen des Staates und des organisierten Verbrechens vollkommen überein: Beide sind alles andere als an einer Legalisierung interessiert. Ein Schelm, wer böses dabei denkt. Wie lange noch, oh Herr? Was von Regierungsseite her über Drogen verzapft wird, egal ob von es von Schmidt, Kohl, Schröder kommt, ist immer der gleiche Schwachsinn, der durch die gebetsmühlenhafte Wiederholung kein bißchen wahrer wird. Und mit fundierter Argumentation dagegen anzukämpfen, gleicht dem Versuch, einem tauben und völlig verkalkten Greis die Quantenmechanik nahe zu bringen.

⁸ Zahlen zum Cannabisverbot: <http://www.cannabislegal.de/argumente/zahlen.htm>

Vgl.: Bundeskriminalamt (BKA): Polizeiliche Kriminalstatistik – Zeitreihen von 1987 bis 2001

http://www.bka.de/pks/zeitreihen_2001/index.html

3.1 Drogen- und suchtbedingte Probleme müssen reduziert werden

„Die drogen- und suchtbedingten Probleme unserer Gesellschaft müssen reduziert werden.“

Oh ja. Aber was hat das erstens mit Cannabis zu tun? Es hat nie ein Cannabisproblem gegeben, nur ein Cannabis-Verfolgungs-Problem. Und zweitens ist eine Wendung um 180 Grad nötig, nicht nur eine Kurskorrektur um, sagen wir mal, 5 Grad, wenn wir endlich in die längst überfällige richtige Richtung fahren wollen.

Der Kampf gegen Drogen ist ein Kampf gegen Windmühlen, das lehrt alle Erfahrung mit Prohibition, zu allen Zeiten. Genauso gut könnte man schlechtes Wetter verbieten. Wer weiß denn heute noch, daß man einst im Preußen Friedrichs II. für den Besitz von Kaffee ins Gefängnis kommen konnte? Oder daß im Rußland des 17. Jahrhunderts der Tabak verboten war – bei Todesstrafe, wohlgemerkt! Nun, was haben sie genützt, diese Verbote? Und so wie wir heute darüber lächeln, wird man in der Zukunft beispielsweise über die Cannabisprohibition lächeln. Die Frage ist nur, in welcher Zukunft, des nächsten Jahrzehnts, Jahrhunderts oder Jahrtausends? Wann wird eine Regierung endlich erkennen, daß dieser Kampf niemals zu gewinnen ist, nie zu gewinnen war und es nie sein wird? Mit Kosmetik allein ist es nicht getan. Nicht Fixerstuben brauchen wir, wo sich verelendete, obdachlose Gestalten ihren Schuß setzen können, nein. Was wir brauchen, ist ein gesellschaftliches Klima, in dem diese Menschen sich diesen Schuß im eigenen Wohnzimmer setzen können, mit sauberem, unverpantstem Stoff aus der Apotheke zu zivilen, nicht vom organisierten Verbrechen diktierten Preisen. Das muß das Ziel einer Drogenpolitik sein, die diesen Namen verdient. Integration, nicht Ausgrenzung, Verständnis, nicht Strafe.⁹ Doch weit davon entfernt, weit. Nach dieser Wahl glaubten viele, einen Silberstreif am Horizont zu sehen, doch der Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2002 offenbart nur, wie tief die Nacht noch ist

Einst sind die Grünen mit dem Anspruch angetreten, respektlos die Finger auf jene Wunden zu legen, die die anderen nicht anzurühren wagten, jene Probleme in Angriff zu nehmen, die von den etablierten Parteien entweder ignoriert oder gar nicht gesehen werden. Und das ist eben nicht nur der Umweltschutz – den hat mittlerweile sogar die CSU entdeckt. Der Schutz von Minderheiten, steht der nicht auch irgendwo im Programm? Aber die Millionen Dopeuser sind ja keine schützenswerte Minderheit, das ist nichts als eine Bande von Gesetzlosen, gegen die mit unbarmherziger Härte vorgegangen werden muß. Oder ist dies etwa nicht die unausgesprochene Meinung eures Koalitionspartners, der es weitaus lieber sähe, wenn der Verfolgungsdruck noch erhöht würde, dem der Knast noch nicht voll genug ist? Ein feiner Partner, fürwahr. Sage mir, mit wem du koalierst und ich sage dir, wer du bist.

3.2 Von geringen straffreien Mengen

Und das halbherzige, verlogene Herumdoktern mit so genannten straffreien geringen Mengen bringt doch nichts. Vielleicht lohnt es sich, da mal nachzuhaken: Nachdem ich also eine Straftat begangen habe, (Erwerb) darf ich nun dieses illegal erworbene eine Gramm (Obergrenze in Thüringen) rauchen, ohne gleich mit Knast rechnen zu müssen. Gut. Wenn ich nun, sagen wir mal, jede Woche ein Gramm rauchen will, muß ich diese Straftat eben jede Woche begehen. Sollte ich mich aber ökonomisch verhalten und etwa zehn Gramm auf einmal erwerben, eine Handlung, die mir nicht nur Geld sondern auch neun weitere Straftaten ersparen würde, tritt automatisch § „Nicht Geringe Menge“ in Kraft, was mich vor den Kadi bringt. Welches kranke Gehirn denkt sich solche Scheiße eigentlich aus?

⁹ Vgl.: Hans Cousto: Drogenkompetenz und Drogenmündigkeit – Psychonauten im Untergrund

<http://www.drogenkult.net/?file=text002>

Behalten darf ich dieses ach so straffreie Gramm, sollte ich damit erwischt werden, jedoch nicht. Es wird natürlich sofort konfisziert, woraufhin eine Woche später ein Schreiben der Führerscheinstelle bei mir eintreffen wird, das mich 20.-- €Gebühren kostet und mich auffordert, sofort einen Termin für die fällige MPU (Kosten ca. 500.-- €) mitzuteilen, andernfalls würde der Lappen entzogen. (Um so ein Schreiben zu bekommen, brauche ich übrigens keineswegs eine Droge nachweisbar erworben zu haben – es genügt der Verdacht.) Und wenn ich nun mit Mühe dieses Geld aufgebracht und die MPU über mich ergehen lasse, tue ich gut daran, nachzuweisen, daß ich nicht etwa ein Gewohnheitsraucher bin – denn dann bin ich mit Sicherheit nicht fähig ein Kfz zu führen; die fünfunddreißig Jahre unfallfreie Fahrpraxis, die auf vielen hunderttausend Kilometern bewiesene Fähigkeit und das Nichtvorhandensein von Punkten in Flensburg, der sichere Verlust des Arbeitsplatzes und die Folgen für die Familie zählen nicht, die ändern daran nicht das Geringste – in diesem Spiel gibt es keine Pluspunkte. Vor diesem Stein heulst du vergebens, mein Freund, den wirst du nicht erweichen. Ein Gewohnheitsraucher könnte ja (im Gegensatz zu allen anderen) unter Drogeneinfluß fahren, und das muß unter allen Umständen verhindert werden, Punktum! Wer sehnte sich in einer solchen Situation nicht nach der schönen, freien Welt der Strafjustiz, wo man Einspruch erheben, sich verteidigen kann, wo abgewogen wird, wo die Möglichkeit der Gnade immerhin existiert, wo es, wenn schon nicht Gerechtigkeit, so doch Recht gibt, wo die erste Instanz nicht zugleich die Letzte ist? Daß ich mich bei alledem nicht strafbar gemacht habe, was zählt denn diese Bagatelle noch?¹⁰

„Straffreie geringe Menge“, zum Teufel damit! Spart euch diese Heuchelei!

Wenn ihr glaubt, diese Schelte sei unverdient, dann wartet mal ab, das schlimmste kommt erst noch. Eine so richtungweisende Entscheidung wie die Freigabe bisher strengstens verbotener, verfemter, ja verteufelter Substanzen bedarf einer vorangehenden Debatte in der Gesellschaft, das muß offen diskutiert werden, das muß durch alle Talkshows und Schlagzeilen. Nur in einer offenen Auseinandersetzung mit dem Thema kann auch ein notwendiger Wandel im gesellschaftlichen Klima herbeigeführt werden.¹¹ Wie aber diese Debatte lostreten? Ein Einzelner kann schreien und heulen, soviel er will, niemand wird ihn hören. Aber auch die Organisationen, die sich die Legalisierung auf die Fahnen geschrieben haben, werden in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – die Berliner Hanfparade z.B. findet in den Medien so gut wie keine Beachtung. Diese Leute rangieren in der sogenannten „Ernst-zu-nehmen-Skala“ etwa auf dem Level von sektiererischen UFO – Spinnern. (Euer Ströbele bildet da eine rühmliche Ausnahme – aber ob er wohl dieselben Töne anschlagen würde, wenn er, sagen wir mal, in Straubing gewählt werden wollte und nicht in Kreuzberg..?) Eine Regierungspartei hingegen ist durchaus in der Lage, eine solche Diskussion zu entfachen. Natürlich würde ein Sturm der

¹⁰ Vgl.: Hanf & Recht: <http://www.cannabislegal.de/recht/index.htm>

Vgl.: Cannabis und Führerschein: <http://www.cannabislegal.de/recht/fs.htm>

¹¹ Die wichtigste Empfehlung der Drogen- und Suchtkommission im Bundesministerium für Gesundheit an die Adresse der Bundesregierung lautet: *„Die Bundesregierung sollte sich einer zu engen eigenen inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtung und damit einer vom Grundsatz her zwangsläufig immer auch einseitig wertenden Sicht der Dinge enthalten. So stünde es ihr weder gut an, sich bspw. auf die Seite derer zu schlagen, die etwa eine „suchtmittelfreie Gesellschaft“ postulieren, umgekehrt ebenso wenig, sich denen zu verschreiben, die das Konzept der „Drogenakzeptanz“ favorisieren. Der Meinungs- und Wertestreit sollte vielmehr im gesellschaftlichen Raum stattfinden, seitens der Bundesregierung dort auch ohne eigene Bewertung zugelassen und schließlich konkreten operativen Entscheidungen der Akteure vor Ort überlassen bleiben.“*

Zitiert aus: Stellungnahme der Drogen- und Suchtkommission zur Verbesserung der Suchtprävention

<http://www.drogenkult.net/?file=text004>

Vgl.: Hans Cousto: Neue Wege in der Drogenpolitik?

<http://www.drogenkult.net/?file=text003>

Entrüstung von Seiten der Opposition losbrechen, aber was soll's? Das machen die ohnehin bei jeder Gelegenheit. Die blockieren sogar ihre eigenen Gesetzesentwürfe, sobald die Regierung diese übernommen hat. (Und wenn ihr morgen ein Gesetz einbringt, das die Rettung der Welt von allen Übeln jetzt und immerdar garantiert – meint ihr, das würde den Bundesrat passieren?) Auf Parteitagungen wird dieser Gegenstand kaum gestreift. Das ist es, was ich euch am meisten ankreide: Die längst überfällige Auseinandersetzung mit dem Thema nicht in Gang gebracht zu haben, nicht in Gang bringen zu wollen. Wer hat denn Angst vor einer solchen Debatte? Ich nicht. Die Faktenlage ist so eindeutig, daß der Gegenseite nichts als Polemik bleibt. Aber so angestrengt ich auch lausche – es ist nichts zu hören

Aus derselben Subkultur, aus der die Drogen stammen, seid einst auch ihr Grünen gekommen. Und durch euer opportunistisches Schweigen habt ihr sie verraten!

3.3 Systematische Stigmatisierung

Für jene Cannabisuser, die bereits vorbestraft sind, wird in diesem Land das Leben nachgerade unerträglich, seitdem die Polizei flächendeckend mit diesem Drogenschnelltest ausgerüstet ist, bei dem es nur schwarz oder weiß gibt, keine Abstufungen. Wenn solch ein Vorbestrafter in eine Verkehrskontrolle gerät und hat vor drei Tagen einen Joint geraucht, ist er verloren. Weil der Stoff nur sehr langsam abgebaut wird, hat er garantiert noch Spuren im Urin. Da routinemäßig jeder Ausweis im Polizeicomputer gescannt wird – und dort sofort ein großes rotes BTM!!! -Zeichen hinter seinem Namen zu blinken beginnt, (legal, illegal, scheißegal) setzt sich automatisch folgende Prozedur in Gang: Leibesvisitation, Fahrzeugdurchsuchung, Schnelltest. Was denn, positiv? Anruf beim Staatsanwalt: Vorbestraft, Test positiv. Aha. Ganz klar: Gefahr im Verzug, also Hausdurchsuchung, möglichst mit Drogenhund. Und die Nachbarn wundern sich, wieso der nette Kerl von Nebenan sich plötzlich als Verbrecher entpuppt. Denn wer mit drei Polizeibeamten plus Hund im Gefolge auftaucht, muß ja wohl Dreck am Stecken haben. Hirngespinnste? Mitnichten!

Genau das, exakt so wie geschildert, ist mir selbst passiert. Wie kann ein derart stigmatisierter Mensch, sollte er denn wundersamerweise den Führerschein noch haben, hierzulande guten Gewissens Auto fahren? Und wenn jemand wissen will, warum er oder sie denn vorbestraft sei, demsei gesagt: Weil hierzulande bereits die Telefone von Kleinstdealern abgehört werden! Da tun die sich nun wahrlich keinen Zwang mehr an. Nur so nebenbei: Schüler, seid vorsichtig mit dem, was ihr am Handy sagt! So weit ist es mit diesem Staat gekommen

4 Deutschland und die Grünen – ein hoffnungsloser Fall?

Ungeachtet dessen habe ich mich bisher in Deutschland immer wohl gefühlt – wohl auch in der Hoffnung, daß sich die Situation eines Tages ändern würde. Aber jetzt trage ich mich trotz meines fortgeschrittenen Alters mit Auswanderungsgedanken. Sollte es mir gelingen, ein wenig Geld aufzutreiben, bin ich weg. Denn nie hatte ich nach einer Wahl größere Hoffnung gehegt, und nie bin ich bitterer enttäuscht worden.

Ich sage es noch einmal: Laßt die Regierung sausen und geht in die Opposition. Dann habt ihr vielleicht in absehbarer Zeit wieder eine Chance. An der Seite dieser SPD jedenfalls werdet ihr bei den nächsten Wahlen wieder um die 5%-Hürde kämpfen, da wette ich meine Arbeitslosenhilfe drauf! Und meine Stimme wird euch dabei nicht mehr helfen

Rainer Jaeger, 17. November 2002

E-Mail: jaeger49@t-online.de